



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich

Rainer Wimmer

Bundvorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE

Karl Proyer

Stv. Bundesgeschäftsführer der Gewerkschaft GPA-djp

**Arbeit fair teilen -
Arbeitszeitverkürzung
ohne Einkommensverlust**

Pressekonferenz

Montag, 11. Oktober 2010, um 10 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Betriebsräte, AK und Gewerkschaften für faire Teilung von Arbeit und Arbeitszeit

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen eine faire Teilung von Arbeit und Arbeitszeit. Dafür kämpfen Betriebsrat, Gewerkschaft und Arbeiterkammer. Statt der von der Wirtschaft geforderten einseitigen „Flexibilisierung“ wollen wir eine effektive Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust und mit Ausgleich beim Personal. Das ist fair und schafft dringend benötigte Arbeitsplätze.

Bei der heutigen Tagung „Arbeit fair teilen - Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust“ in der Linzer Arbeiterkammer diskutieren mehr als 200 Betriebsräte/-innen, Spitzengewerkschafter, Wissenschaftler und Experten über Chancen und Probleme einer Arbeitszeitverkürzung.

AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer: Jobs schaffen, Arbeitszeit kürzen, Mindestlohn anheben!

Eine kluge Verkürzung der Arbeitszeit erhöht die Jobchancen für Arbeitssuchende und reduziert die vielfache Belastung durch überlange Arbeitszeiten. Neben den positiven Beschäftigungseffekten entspricht eine faire (Ver-)Teilung des Arbeitsvolumens auch den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wie aus mehreren Befragungen hervorgeht. So ist jede/jeder Zweite, die bzw. der häufig Überstunden macht, gar nicht zufrieden, wie der Österreichische Arbeitsklima Index der AK OÖ belegt.

Noch mehr Überstunden bei weniger Lohn, wie von Industrie und Teilen der Wirtschaft gefordert wird, ist ein sozialer und auch ökonomischer Irrweg. Denn einerseits schmälern zu lange Arbeitszeiten die Produktivität, andererseits bleibt durch Arbeitslosigkeit produktives Potential ungenutzt. Sowohl die Arbeitslosen als auch die Über- bzw. Unterbeschäftigten sind davon negativ betroffen. Gesundheit, Privat- und Familienleben, Qualifikationen und Beschäftigungsfähigkeit von Menschen werden dadurch beeinträchtigt.

Allein in den ersten beiden Quartalen 2010 wurden insgesamt rund 155 Millionen Über- und Mehrstunden erbracht. Pro Woche sind das fast sechs Millionen Stunden, die mehr als 700.000 Arbeitnehmer/-innen pro Woche leisten. Jede/jeder fünfte Überstundenleistende (21 Prozent), machte im Jahr 2009 unbezahlte Überstunden! 18 Prozent der Überstunden leistenden Männer und gar 28 Prozent der Überstunden leistenden Frauen erhalten keine Abgeltung,

Von den insgesamt im Jahr 2009 in Österreich erbrachten 314 Millionen Überstunden wurde ein Viertel nicht abgegolten und den Beschäftigten dadurch mehr als eine Milliarde Euro Lohn vorenthalten! Bei den von Männern erbrachten 225,4 Millionen Über- und Mehrstunden blieb etwa ein Fünftel unbezahlt, beim den 88,4 Millionen Überstunden der Frauen wurde etwa ein Drittel nicht abgegolten. Allein die unbezahlten Überstunden entsprechen bis zu 50.000 Jobs, darunter potentiell 7500 in Oberösterreich.

Regelmäßige Überstunden sind also Jobkiller und bedeuten für die Arbeitnehmer/-innen Lohnverlust und ein höheres Gesundheitsrisiko. Einer Verlängerung des Zeitraums für die Überstundenberechnung, wie von den Unternehmern/-innen gefordert, würde noch mehr Überstunden bewirken.

Wir brauchen eine spürbare Arbeitszeitverkürzung bei Vollzeit. Diese kann unterstützt werden durch einen wirksamen Überstundenabbau, etwa durch höhere Überstundenzuschläge. Zugleich muss die Kaufkraft - insbesondere von Menschen mit niedrigen Löhnen - gestärkt werden. Wir fordern daher auch einen Mindestlohn von 1300 Euro in allen Kollektivverträgen.

Angesichts des Welttages der menschenwürdigen Arbeit, der am 7. Oktober stattgefunden hat, darf nicht in Vergessenheit geraten, dass zu einer gerechten Gesellschaft eine gerechte Arbeitswelt gehört. Und Arbeit ist ein Menschenrecht, die fair verteilt, und auch sinnstiftend, allen zugänglich und existenzsichernd sein muss.

Durch Sparen am falschen Platz – das gilt sowohl für Budgetkürzungen des Staates als auch für den von Unternehmen erzeugten Lohndruck – kann der sich anbahnende Aufschwung zunichte gemacht werden. Nachhaltiges Wachstum und Schuldenabbau können aber nur mit einer gerechten Lohnpolitik für mehr

Kaufkraft, mit weniger Arbeitslosigkeit durch eine faire Verteilung der Arbeit und durch Zukunftsinvestitionen gelingen.

Das Forderungsprogramm der Arbeiterkammer für eine faire Teilung der Arbeit, höhere Mindestlöhne und gegen Lohn- und Sozialdumping:

- generelle Verkürzung der effektiven Arbeitszeit bei Vollzeit
- Abbau und korrekte Abgeltung von Über- und Mehrstunden
- Einschränkung von Pauschalohnvereinbarungen
- mehr Mitspracherechte der Arbeitnehmer/-innen bezüglich ihres Arbeitszeit-Ausmaßes
- Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne auf monatlich 1300 Euro brutto und Indexierung der Mindestlöhne

Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE: Zeit für kürzere Arbeitszeiten

Arbeitszeitverkürzung für mehr Beschäftigung und mehr Gesundheit

Die Wirtschaft erholt sich, die Meldungen vom Arbeitsmarkt sind zwar erfreulich, aber von Vollbeschäftigung sind wir in Österreich noch weit entfernt. Im September 2010 waren 280.000 Menschen ohne Arbeit. Alleine in der Metallindustrie sind durch den Einbruch der Wirtschaft weit mehr als 20.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und zusätzliche zu schaffen, müssen wir jetzt die Normalarbeitszeit senken und regelmäßig geleistete Überstunden abbauen. Ziel muss eine intelligente Verteilung von Arbeit sein. Wenn die einen überlastet sind und Überstunden anhäufen und die anderen auf der Straße stehen, ist niemandem geholfen.“

Die ArbeitnehmerInnen haben einen hohen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet. Bis Anfang dieses Jahres wurden massiv MitarbeiterInnen gekündigt und die Personalkosten gesenkt. Die Unternehmen sind trotz der durchwegs positiven Wirtschaftsentwicklung zurückhaltend, wenn es um die Neu- bzw. Wiederanstellungen geht. In vielen Fällen wurden nun bei zunehmender Auftragslage überlassene Arbeitskräfte eingestellt. Der Trend ist offensichtlich: die Stammbeslegschaft wird nicht vergrößert, zusätzlicher Bedarf an Beschäftigten wird über Leiharbeit abgedeckt. Übernahmen in die Stammbeslegschaft sind dabei auf lange Zeit - wenn überhaupt - nicht vorgesehen.

Andererseits liegt Österreich bei Arbeitszeit und Überstunden im Spitzenfeld der EU. Im Jahr 2009 haben die Österreicher und Österreicherinnen 314 Millionen Überstunden geleistet. Viele davon haben die ArbeitnehmerInnen noch nicht einmal bezahlt bekommen. Das Potential, das sich hier ergibt ist enorm. Alleine die unbezahlten Überstunden entsprechen umgerechnet rund 50.000 Vollzeitjobs.

Daher fordern wir eine Arbeitszeitverkürzung, weil kürzere Arbeitszeiten mehr Jobs bringen, mehr Kaufkraft bedeuten und mehr Binnenkonsum erzeugen. Im Gegensatz dazu verursachen viele Überstunden nur hohe Kosten für unser Gesundheitssystem. Daher ist es höchste Zeit darüber nachzudenken, die Arbeit auf mehr Menschen aufzuteilen. Kürzere Arbeitszeiten bedeuten mehr Beschäftigung, dadurch eine Stärkung der Kaufkraft und mehr Gesundheit.

Angesichts aktuell sogar zweistelliger Steigerungsraten bei Produktion und Aufträgen sowie steigender Kapazitätsauslastung in der Metallindustrie wird auch ein **klares Nein zu "Arbeitszeitflexibilisierung"** bei der anstehenden Herbstlohnrunde für die rund 165.000 Beschäftigten der Branche das Thema Arbeitszeit im Fokus stehen. Den „Flexibilisierungswünschen“ der Arbeitgeber, erteilen wir dabei schon jetzt eine Absage: Die Arbeitgeber betreiben Etikettenschwindel. Die Forderungen nach Streichung von Zeit- und Überstundenzuschlägen sowie jahrelanges Warten auf Zeitausgleich sind reine Einsparungen, denen keinerlei Nutzen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber steht. Damit wird keine zusätzliche Flexibilität geschaffen, sondern nur Einkommen gekürzt und wirtschaftliche Risiken auf die Beschäftigten abgewälzt.

„Überstunden zu fördern indem man Zuschläge streicht, ist das letzte was wir in der jetzigen Situation brauchen Kürzere Arbeitszeiten dagegen bedeuten mehr Beschäftigung, dadurch eine Stärkung der Kaufkraft und mehr Gesundheit. Das würde auch den Unternehmen zugute kommen, da die Beschäftigten länger gesund und damit erwerbsfähig bleiben würden. Die Gewerkschaft PRO-GE war immer zu ernsthaften Verhandlungen bereit. Dazu gehören aber auch Maßnahmen, die Vorteile für die Beschäftigten bringen - in diesem Punkt hat es den Arbeitgebern bisher leider an Flexibilität gefehlt.

Die Beschäftigten müssen am soliden Wirtschaftsaufschwung beteiligt werden. Daher muss es einen ordentlichen Reallohnzuwachs und kürzere Arbeitszeiten für die Beschäftigten geben.

Grundsatzbeschluss Kurzfassung (Wien, 9. Juni 2010)

des Bundesvorstandes der PRO-GE zum Thema „Arbeitszeitverkürzung“

Auf Basis der bisherigen Diskussionsveranstaltung der Gewerkschaft PRO-GE im Rahmen der Arbeitszeitverkürzungskampagne und der Arbeitszeitkonferenz vom 28. Mai 2010 beschließt der Bundesvorstand der PRO-GE folgende weitere Vorgangsweise:

Der Sicherung vorhandener und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wird von unserer Gewerkschaft in der künftigen Kollektivvertragsarbeit besondere Priorität eingeräumt. Als Maßnahmen hierfür streben wir insbesondere die Verkürzung der kollektivvertraglichen Normalarbeitszeit an.

Neben der kollektivvertraglichen Umsetzung unserer Forderungen werden wir auch auf der politischen und sozialpartnerschaftlichen Ebene entsprechend initiativ werden. Von der Politik erwarten wir uns vor allen Dingen den Erhalt und den Ausbau der Förderung des Einstiegs in die Arbeitszeitverkürzung.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass

- möglichst viele überlassene ArbeitnehmerInnen in Stammarbeitsverhältnisse übernommen werden,
- die Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitszeitrechtes und unserer Kollektivverträge in den Betrieben noch stärker kontrolliert werden,
- die tatsächliche Arbeitszeit verringert wird, indem Überstunden für die Arbeitgeber unattraktiver und damit weniger werden,
- durch Generalkollektivvertrag oder Gesetzesänderung für all jene AN, die immer noch eine 40-stündige Normalarbeitszeit haben, ebenfalls eine AZV erfolgt.

Diese Forderungen und Festlegungen sollen mittelfristig in allen unseren Kollektivvertragsbereichen erhoben werden.

Das Ziel der PRO-GE lautet: Arbeit fair zu verteilen, um

- Beschäftigung zu sichern und zu schaffen,
- die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen zu fördern,
- die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen bei der Gestaltung der Arbeitszeit auszubauen und
- für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen.

Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp: Für eine sachlichere Diskussion zum Thema Arbeitszeit

GPA-djp weiter gegen Kürzung von Mehrarbeits- und Überstundenzuschlägen

Die Positionen der Industrie und des Handels - zuletzt etwa des stets gegen die Rechte der Beschäftigten agierenden Handelsverbandes - in Sachen Arbeitszeit erschöpfen sich derzeit nur in aufgewärmten Vorschlägen aus den vergangenen Verhandlungsrunden. Diese Vorschläge haben nur ein Ziel - die ArbeitnehmerInnen um ihr hart erarbeitetes Geld zu bringen. Wenn die Arbeitgeber mit genau diesen Positionen wieder in die Verhandlungen gehen, werden wir sicher zu keinem brauchbaren Ergebnis kommen, dann sind in den herbstlichen Kollektivvertragsrunden abermals Konflikte vorprogrammiert.

Der GPA-djp geht es nicht um die generelle Abschaffung von Überstunden, es kann aber sicher nicht so sein, dass weiterhin bei den Überstunden geplant und regelmäßig ein volles Programm gefahren wird und diese den Unternehmen möglichst wenig kosten. Diese Praxis bringt den Unternehmen nur Vorteile, den Beschäftigten weniger Geld und höhere gesundheitliche Belastungen. Ziel muss es daher sein, Überstunden besser zu verteilen und vor allem auf ein Maß zu reduzieren, das die Arbeitsbelastung und die gesundheitlichen Konsequenzen berücksichtigt. Dass eine vernünftigeren Verteilung bzw. Reduzierung der Überstunden Beschäftigungsimpulse setzt, ist eigentlich unbestritten.

„Die massive Anhäufung von Zeitguthaben auf Arbeitszeitkonten ist ein Zustand, der so nicht aufrecht zu erhalten ist. Wir brauchen dringend eine sachlichere Diskussion in dieser Frage Die österreichischen ArbeitnehmerInnen haben Zeitguthaben - für die Unternehmen zinsenlose Kredite - im Gegenwert von vermutlich 1,5 Mrd. Euro angehäuft, über deren Verbrauch die Wirtschaft über noch längere Durchrechnungszeiträume alleine bestimmen will, obwohl dies gar nicht ihr Geld, sondern das Geld der ArbeitnehmerInnen ist. Es braucht daher eine längst fällige Diskussion über die Qualität der Arbeitszeit, um qualitativ bessere Lösungen für die ArbeitnehmerInnen zu erreichen.

Außerdem bin ich schon auf die Rechenmodelle der Wirtschaft bzw. konkret von Herrn Sorger von der Industriellenvereinigung neugierig, wie man viel länger durchrechnet, ohne dass es die ArbeitnehmerInnen wohl erworbenes Geld in Form der abkassierten Mehrarbeits- und Überstundenzuschläge kostet.